

Resolution zur Friedenserziehung

Nach den brutalen Angriffen vom 11. März in Madrid, die mit den Angriffen vom 11. September in den Vereinigten Staaten in Verbindung stehen und die uns in einen Kontext von wahlloser, unbegründeter und irrationaler Gewalt stellen, die in die willkürliche Tötung von ZivilistInnen, Werktätigen und Studierenden münden, verurteilt die BI Krieg und Terrorismus; gleichzeitig wirbt sie für eine demokratische Koexistenz und ruft Lehrkräfte auf der ganzen Welt auf, Friedenserziehung und interkulturelles Lernen zu fördern.

Der vierte Weltkongress der Bildungsinternationale, der vom 22. bis 26. Juli 2004 in Porto Alegre stattfand

1. Erklärt

- Ein Jahr nach Beginn des Irak-Krieges und der anschließenden Besetzung des Iraks ohne Billigung durch die Vereinten Nationen, muss die internationale Rechtmäßigkeit unverzüglich wieder hergestellt werden;
- Die UNO, deren Inspektoren und die Amerikaner haben bestätigt, dass der Irak letztendlich nicht im Besitz irgendwelcher Massenvernichtungswaffen war;
- Die Anwendung der Strategie eines „Präventivkrieges“ stellt einen noch nie da gewesenen Angriff auf die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Nationen dar, Beziehungen, die durch internationale Gesetze geregelt werden;
- Die Invasion und Besetzung des Irak haben nicht dazu beigetragen, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil, sie haben zur Entwicklung fundamentaler Tendenzen geführt, Tendenzen, die unter anderem für die blutigen Angriffe vom 11. März in Madrid verantwortlich sind.

2. Setzt sich entschieden ein für die Verteidigung der fundamentalen Werte von Freiheit, Demokratie und Chancengleichheit für alle Völker und Nationen, dergestalt, dass die Sicherheit der BürgerInnen mit der Achtung der Bürgerrechte aller Menschen verbunden ist;

3. Verurteilt die Invasion und Besetzung des Irak und den Einsatz terroristischer Aktionen als politische Waffe, sei es durch Einzelne, eine Gruppe oder einen Staat, sowie die militärischen Angriffe, die Staaten unter dem Vorwand der Bekämpfung des internationalen Terrorismus verüben;

4. Fordert

- ein Ende der militaristischen Politik und die Lösung von Konflikten mit diplomatischen und friedlichen Mitteln;
- eine internationale Politik auf der Basis von Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte, eine Politik, die sich extremer Armut und Umweltzerstörung zu stellen vermag.

5. Bestätigt seine Solidarität mit dem irakischen Volk, das seine Souveränität zurückgewinnen können muss indem demokratische und frei gewählte Institutionen unter Aufsicht der UNO eingesetzt werden und ihre Solidarität mit den Opfern der terroristischen Angriffe und ihren Angehörigen;

6. Unterstützt eine friedliche Lösung für den Nahen Osten und die strikte Anwendung der UN-Resolutionen für die palästinensischen Gebiete;

7. Verpflichtet sich, Friedenserziehung und interkulturelles Lernen als beste Gegenmittel gegen rassistische und fundamentalistische Tendenzen zu fördern, um soziale Konflikte und den Rückgriff auf soziale Gewalt zu verhindern. Die in den Erklärungen der UNESCO, der UNO und anderer internationaler Organisationen enthaltenen Prinzipien müssen das Fundament der Friedenserziehung und des Verständnisses unter Völkern sein.

Übersetzung: Karin Gaines
Oktober 2004